



Chat-Mann Thomas Schmid belastete Ex-Kanzler Kurz.



Schmid-Anwalt Roland Kier.

Schmid-Anwalt zittert vor ÖVP-Minister

Chat-Mann wartet 2 Jahre auf Kronzeugenstatus

Wien. Vor der Wahl steigt die Nervosität bei Thomas Schmid. In Ermittlungen hatte der ehemalige ÖBAG-Chef und Ex-Finanzgeneral gegen ÖVP-Spitzenpolitiker ausgesagt, sich selbst belastet und im November 2022 um den Kronzeugenstatus angesucht. Schmid, von dem die WKStA 300.000 Chats be-

schlagnahm hat, wartet seit zwei Jahren auf eine Entscheidung über seinen Kronzeugenstatus.

»Schmid ist psychisch extrem belastet«

Anwalt zittert. Der Vorhabensbericht der WKStA liegt seit Ende Mai in der zuständigen Fachabteilung im Justizministerium. Schmid

Anwalt Roland Kier fürchtet, dass die Entscheidung erst nach der Nationalratswahl fallen könnte. „Herr Schmid ist psychisch extrem belastet. Jemand, der bereit ist, mit Strafverfolgungsbehörden zu kooperieren, sollte nicht so lange im Regen stehen“, sagte Kier dem Ö1-Radio. Er gewinnt den Eindruck, dass „offenbar erst ein ÖVP-Justizminister nach der Wahl entscheiden soll, ob jemand Kronzeuge werden soll, der gegen seine eigenen Parteigänger aussagt“. A. Brüstle

Ärzte fordern Abschaffung der 70-Jahre-Altersgrenze

Seniorenbund unterstützt Ärztekammer

Wien. Die Ärztekammer geht in die Offensive! In ihrem am Mittwoch vorgestellten „Regierungsprogramm“ für den Gesundheitsbereich hat sie die Abschaffung der Altersgrenze von 70 Jahren für Kassenärzte gefordert. Diese Forderung unterstützt auch Ingrid Korosec vom Seniorenbund, die die Alters-

grenze als „diskriminierend“ bezeichnet.

Die Ärztekammer will mehr Flexibilität und weniger Bürokratie. „Es braucht Motivation statt Verbote für junge Ärzte“, so ÖÄK-Präsident Johannes Steinhart. Der internationale Wettbewerb um junge Mediziner werde härter. Zudem will die Ärztekammer eine Flexi-



Ärztekammer-Präsident Johannes Steinhart.

bilisierung der Kassenstellen und kritisiert geplante Verbote wie Nebenbeschäftigungen für Wahlärzte. „Die Politik muss endlich handeln“, sagt Steinhart.

Grün-schwarzer Streit um Berghütten

Regierungs-Zwist. Die Forderung der Alpinen Vereine Österreichs nach einem 95-Millionen-Paket für die Erhaltung der Schutzhütten und Wanderwege führt zu einer Attacke der Grünen auf die ÖVP. Die ÖVP habe eine „Blockade“ veranstaltet, diese müsse „auf-

gegeben“ werden, so die grüne Tourismussprecherin Barbara Neßler. ÖVP-Tourismussprecher Franz Hörl kontert: „Reines Getöse vor dem Wahlkampf.“ Die Alpenvereine sagen, sie brauchen



Grüne Abgeordnete Neßler.

das Geld für Schutzhütten und Wanderwege am Berg, die „aus finanzieller Not und aufgrund zunehmender Extremwetterereignisse infolge der Klimakrise buchstäblich wegzubrockeln“ drohen.

Rote Rüttschwüre: Vier Wochen »Ruhe bis Wahl«

Pakt. „Die halten uns ja sonst für verrückt“, konstatiert ein SPÖ-Vorstandsmitglied, der von einem roten Rüttschwur berichtet.



Atempause für SP-Chef Andreas Babler geplant.

Demnach sollen – nach den jüngsten Intrigen und Indiskretionen – die diversen roten Gegner und Kritiker von SPÖ-Chef Andreas Babler ausgemacht haben, bis zur Nationalratswahl öffentlich Ruhe zu geben.

So sei auch „erklärbar, dass nur ein Oberösterreicher im SPÖ-Vorstand gegen das Programm gestimmt“ hatte, alle anderen, die es ebenfalls kritisch sehen, aber mit Ja votierten.

Ob der rote Burgfriede wirklich hält, bleibt abzuwarten. In den roten Kernwählerschich-

ten dürften die jüngsten Auftritte von Babler – etwa jener im ORF-Sommorgespräch – gut angekommen sein, berichten SPÖ-Insider.

Öffentliche Kritik an ihm könnte von den „Bableristen“ – wie die Hardcore-Fans des SP-Chefs genannt werden – Vendettas gegen SPÖ-Länderchefs auslösen. Das wolle man verhindern – zumindest bis zum 29. September.

Hitler-Video: FPÖ-Anzeige wegen NS-Verharmlosung



FPÖ-Chef Kickl wird im Video zu „Volkskanzler“ Hitler.

oe24-Bericht zu Kickl-Video schlägt Wellen

Wien. Ein im Internet kursierendes Video, das FPÖ-Obmann Herbert Kickl mit Adolf Hitler vergleicht, beschäftigt die Staatsanwaltschaft – oe24 berichtete. Die Freiheitlichen haben nun eine Strafanzeige wegen Verharmlosung des Nationalsozialismus eingebracht. Denn diverse Unterlassungsklagen gegen den Verein, hinter dem der ehemalige Grünen-

und Neos-Politiker Robert Luschnik steckt, waren bis jetzt erfolglos.

Das gegen Kickl gerichtete Video bezieht sich auf dessen Anspruch, im Falle eines Wahlsieges „Volkskanzler“ zu werden. Mit diesem Begriff war auch schon Hitler tituliert worden. Luschnik sagt, dass er jetzt unabhängig agiert. Die FPÖ vermutet dennoch einen „grünen Schmutzkübel.“

AP/FOTOBAS STEINHAUER

AP/FOTOBAS STEINHAUER

AP/FOTOBAS STEINHAUER